

266/J XXIV. GP

Eingelangt am 27.11.2008

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

des Abgeordneten Hübner

und weiterer Abgeordneter

an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten

betreffend Kasachstan-Reise von Herrn Bundespräsidenten Heinz Fischer

Am 7. Oktober 2008 wurden per APA bzw. OTS folgende zwei Texte abgesetzt:

„Kasachstan beklagt einseitige Medienpräsenz des Ex-Botschafters Utł.: Ablenkungsmanöver Alijevs und "Versuch einer Beeinflussung der österreichischen Behörden“ =

Wien (APA) - Die Botschaft Kasachstans in Österreich klagt über die Berichterstattung im Fall des früheren Botschafters Rakhat Alijev (Aliyev) in österreichischen Medien, wo der in seiner Heimat verurteilte Ex-Diplomat umfassend zu Wort kommt, ohne dass jedoch die Untersuchungsergebnisse der zuständigen österreichischen Staatsanwaltschaft Erwähnung finden. Unter Hinweis auf den in der jüngsten Ausgabe des Nachrichtenmagazins "profil" erschienenen Bericht heißt es in einer der APA am Dienstag übermittelten Aussendung, es würden "unrichtige Tatsachen" verbreitet. Alijev versuche, die Aufmerksamkeit der österreichischen Öffentlichkeit und der österreichischen Strafverfolgungsbehörden "vom Wesen der schweren Vorwürfe, die ihm in Kasachstan gemacht werden, abzulenken".

Konkret bezieht sich die kasachische Botschaft auf die Berichterstattung über den jüngsten Vorfall eines angeblichen Entführungsversuchs des früheren kasachischen Geheimdienstchefs Alnur Mussajev Ende September in Wien, der mit Alijev befreundet ist. "Es wäre wichtig, wenn man für solche (Medien-)Berichte wenigstens Ergebnisse der Untersuchungen der staatsanwaltschaftlichen Behörden verwenden würde". Gegenüber der APA hat die österreichische Staatsanwaltschaft bestätigt, dass Mussajev von bisher unbekannten Tätern auf der Straße angegriffen und verletzt worden sei. An die österreichischen Behörden appelliert Kasachstan, im Fall des "angeblichen Anschlags" eine "objektive und unvoreingenommene Untersuchung" durchzuführen.

Die diplomatische Vertretung Kasachstans vertritt die Auffassung, "die große Aufregung über den angeblichen Vorfall mit Mussajev und die darauffolgenden Veröffentlichungen in Massenmedien ... müssen betrachtet werden als der Versuch der Beeinflussung der österreichischen Behörden bei der Prüfung des ihnen übergebenen kasachischen Materials". Die kasachischen Behörden beabsichtigten, einen Gerichtsprozess im Hinblick auf eine Auslieferung auf der Basis neuer Beweismittel neu zu beantragen. Die österreichische Justiz

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

hatte die Auslieferung im August mit der Begründung abgelehnt, dass der Ex-Diplomat in seiner Heimat nicht mit einem fairen Verfahren rechnen könne.

Für Kasachstan bleibe "die Frage nach der strafrechtlichen Verfolgung der Gruppe um Alijev in Österreich durch die zuständigen österreichischen Behörden wegen der in Kasachstan begangenen Verbrechen aktuell". Weiter betont die Botschaft in ihrer Mitteilung, nach Maßgabe des internationalen Grundsatzes "ausliefern oder urteilen" sowie der österreichischen Gesetze sei die österreichische Staatsanwaltschaft "verpflichtet, ein Ermittlungsverfahren durchzuführen". Derzeit liege der Akt bei der Staatsanwaltschaft Wien.

Weiters wird darauf verwiesen, dass sich dem Ermittlungsverfahren gegen Alijev auch Armangul Kapaschewa, die Ehefrau eines der entführten Manager der Nurbank, als Privatbeteiligte angeschlossen habe. Der Ex-Botschafter soll vor eineinhalb Jahren zwei Bankmanager entführt haben, die bis heute nicht aufgefunden wurden. Kapaschewa wolle laut ihren Anwälten im Rahmen des österreichischen Gerichtsverfahrens und gegebenenfalls mit Hilfe internationaler Gerichte für die Verurteilung Alijevs und der anderen mutmaßlichen Entführer kämpfen. "In diesem Verfahren sollen nicht nur staatliche Interessen, sondern vor allem die privaten Interessen der Betroffenen berücksichtigt werden", so die Botschaft.

Der in Österreich untergetauchte Alijev, Ex-Schwiegersohn von Staatspräsident Nursultan Nasarbajew, ist in seinem Heimatland wegen versuchten Staatsstreichs zu 20 Jahren Haft verurteilt worden. Ihn und weitere in Österreich untergetauchte Kasachen erwartet in Kasachstan außerdem ein Verfahren wegen Bildung einer mafiösen Vereinigung. Die Botschaft zählt folgende Straftaten auf: "Gründung und Leitung einer kriminellen Vereinigung, Entführung von Menschen, Herstellung und Verwendung gefälschter öffentlicher Urkunden, schwerer Diebstahl. Diese Verbrechen wurden von ihnen als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung begangen. Alle Unterlagen, die das kasachische Gericht zur Verfügung hatte, wurden den österreichischen Behörden übergeben."

Verschiebung des offiziellen Besuchs von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer in der Republik Kasachstan von 12. - 14.10.2008 =

Wien (OTS) - Im Hinblick auf die laufenden Arbeiten zur Bildung einer neuen österreichischen Bundesregierung wurde der für 12. - 14.10.2008 geplante offizielle Besuch von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer in Kasachstan verschoben. Die Verschiebung sollte es auch erlauben, an gemeinsamen Anliegen - die u.a. Gegenstand verschiedener noch nicht abgeschlossener bilateraler Abkommen sind - weiter zu arbeiten bzw. diese zu finalisieren.

Bundespräsident Dr. Heinz Fischer hat dies dem kasachischen Präsidenten Nasarbajew in einem persönlichen Schreiben, das im Wege der Österreichischen Botschaft in Kasachstan übermittelt wurde, mitgeteilt.

Die im Rahmen des Besuchs vorgesehene österreichische Wirtschaftsmission soll unter der Leitung der Wirtschaftskammer Österreich planmäßig durchgeführt werden.

Ein neuer Termin für den Besuch von Bundespräsident Dr. Heinz Fischer wird auf diplomatischem Wege vereinbart werden.

Kombiniert man diese beiden Meldungen, liegt der Verdacht nahe, der offizielle Besuch des österreichischen Bundespräsidenten in Kasachstan wurde nicht aufgrund der Bildung der neuen Bundesregierung abgesagt, sondern aufgrund der Diskrepanzen zwischen der Republik Österreich und Kasachstan.

Aufgrund dieser Informationen richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten folgende

Anfrage

- 01) Ist das Außenministerium über die Reisetätigkeit des Herrn Bundespräsidenten informiert?
- 02) War das Außenministerium im gegenständlichen Fall über die Reise des Herrn Bundespräsidenten informiert?
- 03) Wenn ja, welchen Zweck sollte die Reise des Herrn Bundespräsidenten erfüllen?
- 04) Besteht ein Zusammenhang zwischen den diplomatischen Interferenzen zwischen Kasachstan und Österreich und der Absage des offiziellen Besuches von Herrn Bundespräsidenten Heinz Fischer in Kasachstan?
- 05) Wenn nein, warum nicht?
- 06) Wenn ja, warum?
- 07) Haben Sie auf die im obig angeführten APA-Bericht dargelegte Kritik Kasachstans reagiert?
- 08) Wenn nein, warum nicht?
- 09) Wenn ja, in welcher Form?
- 10) Wie erklären Sie sich die die Kritik Kasachstans in der Causa Alijev an Österreich?